

# CDU/FDP-Gruppe des Rotenburger Kreistages

Vorsitzender Heinz-Günter Bargfrede

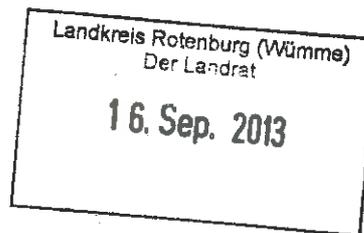
Gut Gothard 12

27356 Rotenburg

Telefon 04261/83948, Fax 04261/848156

email [hg-bargfrede@web.de](mailto:hg-bargfrede@web.de)

Herrn  
Landrat  
Hermann Luttmann  
Kreishaus  
27356 Rotenburg



27356 Rotenburg, den 13. September 2013

Sehr geehrter Herr Landrat,

im Namen der CDU/FDP-Gruppe stelle ich den folgenden Antrag:

## **Der Kreistag möge beschließen:**

Der Kreistag des Landkreises Rotenburg/Wümme unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung an die Niedersächsische Landesregierung, die Bundesmittel aus der dritten Stufe der Kostenübernahme für die Grundsicherung vollständig an die Landkreise weiter zu geben.

Die Bundesregierung wollte mit dem 2011 vom Deutschen Bundestag beschlossenen „Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen“ über den Weg der vollständigen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ausschließlich die Kommunen finanziell entlasten. Und zwar mit einem Gesamtbetrag von jährlich rund 4,5 Milliarden Euro in drei Stufen über 45 Prozent im Jahre 2012, 75 Prozent im Jahre 2013 und 100 Prozent ab dem Jahre 2014.

Die von CDU und FDP gestellte frühere Landesregierung hat die Mittel aus den ersten beiden Stufen auch vollständig an die Landkreise weitergeleitet. Für den Landkreis Rotenburg bedeutet das bereits eine Entlastung von jährlich etwa 3,9 Millionen Euro. Die von SPD und Grünen gestellte neue Landesregierung will die im nächsten Jahr für die letzte Stufe vom Bund kommenden 107 Millionen Euro jetzt aber nicht mehr an die Landkreise weiter leiten, sondern im Landeshaushalt vereinnahmen. Das widerspricht der Zielrichtung des Bundes, und das widerspricht auch allen rot-grünen Aussagen vor der Landtagswahl. Dem Landkreis Rotenburg würden dadurch jährlich etwa zwei Millionen Euro verloren gehen.

## **Begründung:**

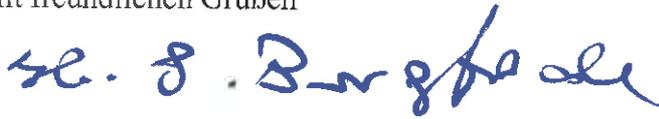
Der Präsident des Niedersächsischen Landkreistages und Landrat des Landkreises Göttingen Bernd Reuter (SPD) hat auf der diesjährigen Landkreisversammlung des NLT zutreffend ausgeführt: „Dass die Kreishaushalte derzeit überwiegend stabil sind, liegt nicht nur an der guten Konjunktorentwicklung. Vielmehr spüren wir in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 die Wirkungen der auf Bundesebene beschlossenen Entlastungen. Der Bund hat hierfür den Weg der Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gewählt. Er hat inzwischen seine Verpflichtung vollständig umgesetzt. Das Land Niedersachsen nicht. Mit Nachdruck fordern wir die vollständige Weiterleitung der vom Bund übernommenen Kosten der dritten Stufe in Höhe von 107 Millionen Euro in Niedersachsen im Haushaltsjahr 2014.“

Dies gilt unabhängig davon, ob die Kommunen oder das Land Träger der Aufgaben sind. Der Bund hatte eindeutig die Zielrichtung, die kommunale Ebene zu entlasten, nicht einzelne Landeshaushalte.

Wir erwarten hierfür ein größeres Verständnis der neuen Landesregierung. Ich darf daran erinnern, dass beispielsweise die SPD-Landtagsfraktion noch im Juni 2011 gefordert hat, die von der Bundesregierung vorgesehene schrittweise Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung finanziell ungeschmälert den niedersächsischen Kommunen gutzuschreiben. Genau dies fordern wir nun ein.“

Wir sollten unseren Spitzenverband und seinen Präsidenten nachdrücklich unterstützen. Es geht für den Landkreis Rotenburg um sehr viel Geld. Es geht um die zweckbestimmte Umsetzung eines Bundesgesetzes. Und es geht um die Glaubwürdigkeit der rot-grünen Landesregierung.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz-Günter Bargfrede